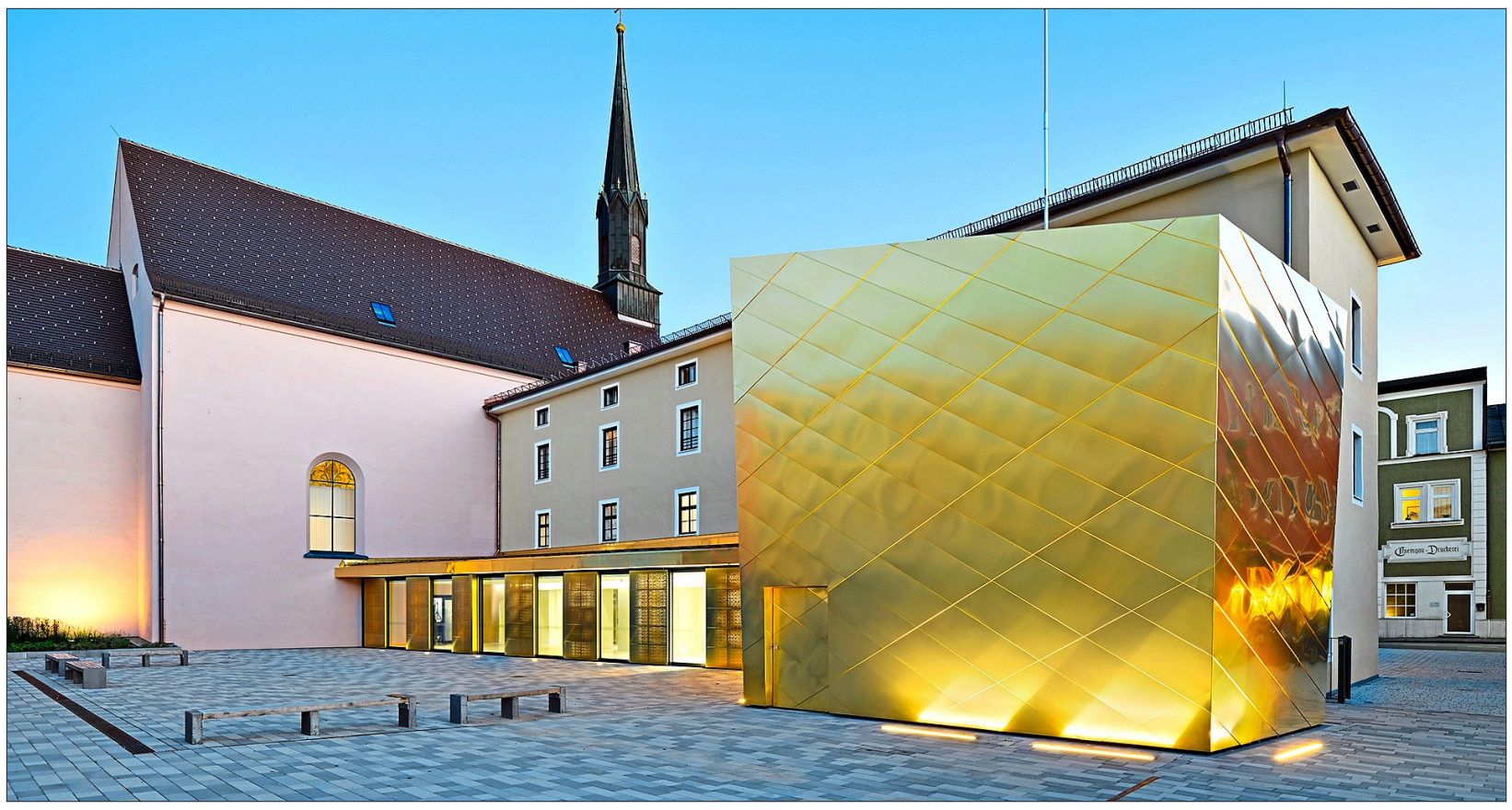
1,2 Milliarden Euro in Städtebau-Projekte investiert

Regierung von Oberbayern zieht nach 50 Jahren Bilanz – Herausragende Objekte werden in Broschüre vorgestellt

München. Mit über 1,2 Milliarden Euro wurden seit 1971 städtebauliche Projekte in 294 Gemeinden und Städten in Oberbayern gefördert. „Ich freue mich, dass in den vergangenen Jahrzehnten in vielen oberbayerischen Städten und Gemeinden Projekte angestoßen wurden, die zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensqualität für die Bewohner geführt haben. Auch in Zukunft wird mithilfe der Städtebauförderung das gemeinschaftliche Leben vor Ort gestärkt und nachhaltig verbessert“, verspricht Regierungspräsident Dr. Konrad Schober anlässlich des 50. Jubiläums der Städtebauförderung. Eine neue Broschüre der Regierung von Oberbayern stellt nun beispielhafte Maßnahmen der vergangenen Jahre vor.

Seit 1971 gibt es die Städtebauförderung in Deutschland, die sich seitdem aus Sicht der Regierung zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt hat: „Vom Erhalt und der Revitalisierung von Ortskernen und ortsbildprägenden Gebäuden bis hin zur Entsiegelung und Durchgrünung des Bestands ist die Förderung auch international einmalig“, erklärt Pressesprecher Wolfgang Rupp.



Die Sanierung und Modernisierung der Klosterkirche Traunstein mit dem ehemaligen Klostergebäude wurden mit 4,65 Millionen Euro gefördert, insgesamt wurden dort bis zur Eröffnung im Oktober 2020 rund 14 Millionen Euro investiert. – Foto: Ralf Dieter Bischoff

In Tyrlaching im Landkreis Altötting hat die Gemeinde das denkmalgeschützte Wirtshaus erworben, saniert und mit einem Ersatzbau für die Zukunft fit gemacht. Zu den Gesamtbaukosten von rund 5,5 Millionen Euro gab es über die Städtebauförderung einen Zuschuss von rund 4,2 Millionen Euro. – Fotos: Regierung von Oberbayern

In Ainring im Berchtesgadener Land wurde der ehemalige Pfarrhof für 973 000 Euro saniert, um Platz für anerkannte Flüchtlinge zu schaffen. Die Regierung förderte das Projekt mit 540 000 Euro und berichtet, dass dort nun Platz für drei Familien geschaffen wurde und das baukulturelle Erbe für künftige Generationen erhalten werden konnte.

7500 Einzelprojekte wurden bezuschusst

Insgesamt wurden in den vergangenen 50 Jahren von der Vorbereitung bis zur Fertigstellung mehr als 7500 Einzelmaßnahmen in Oberbayern bezuschusst. Hierfür standen über 1,2 Milliarden Euro an Fördermitteln zur Verfügung, alleine im Jahr 2021 betrugen sie rund 65 Millionen Euro. Die Finanzmittel werden vom Bundestag und dem Bayerischen Landtag zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieser finanziellen Unterstützung konnten seit Beginn der Förderung in Oberbayern 294 Kommunen Maßnahmen der Städtebauförderung initiieren, planen und umsetzen. Die Regierung von Oberbayern steht den Kommunen für die notwendigen Prozesse beratend zur Seite und unterstützt bei der Suche nach der bestmöglichen Förderungsmöglichkeit.

Ein wichtiger Faktor der Städtebauförderung ist der Erhalt von Ortskernen als wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Mittelpunkt. Unter dem Programm „Aktive Zentren“ wurde beispielsweise die Bestandssanierung der denkmalgeschützten Stadthalle in Penzberg im Landkreis Weilheim-Schongau gefördert, die als zentraler Veranstaltungsraum für örtliche Vereine und der örtlichen Kultur fungiert. Insgesamt wurde die Maßnahme mit 1,8 Millionen Euro an Fördergeldern unterstützt.

In der Stadt Traunstein wurde die Sanierung des Kunst- und Kulturzentrums Klosterkirche mit 4,65 Millionen Euro gefördert, die Gesamtkosten lagen bei rund 14 Millionen Euro. Die Stadt sanierte und modernisierte die denkmalgeschützte Klosterkirche mit dem ehemaligen Klostergebäude und machte sie zu einem Kulturforum, das nun modernste Veranstaltungsräume und die Städtische Galerie beherbergt. Aufgrund der Komplexität der Planung und Bauarbeiten dauerte es knapp acht Jahre bis zur Fertigstellung. Baubeginn war dort im April 2017 und Eröffnung im Oktober 2020, wie Planer Peter Färbinger vom Architekturbüro „Färbinger Rossmy“ aus München erklärt.

Im Programm „Stadtumbau-West“ wird unter anderem die Neugestaltung des Südtiroler Platzes vor dem Bahnhof in der Stadt Rosenheim gefördert. Der bereits fertiggestellte regionale Busbahnhof sowie der Bau eines Fahrradparkhauses wurden bisher mit rund 2,84 Millionen Euro bezuschusst. Ziel der städtebaulichen Maßnahmen rund um die Mobilität ist es, die Aufenthaltsqualität des Öffentlichen Raumes zu verbessern.

Dass auch städtebauliche Maßnahmen aktiv zum Klimaschutz beitragen können, beweisen zahlreiche Projekte für einen klimagerechten Um- und Weiterbau des öffentlichen Raums und innerstädtischen Freiflächen, der Flächen schont und Versiegelung vermeidet. So wurde etwa der Bürgerpark Kennedywiese in Puchheim im Landkreis Fürstenfeldbruck unter Mitwirkung der Bürger neu gestaltet und wird nun als Kinderspielplatz und Freifläche genutzt. Aus dem „Investitionspaket Integration im Quartier“ wurden hierfür rund 1,27 Millionen Euro bereitgestellt.

Vier Millionen Euro für Objekt in Unterwössen

Die Bedeutung kommunaler Kooperationen, gerade bei kleineren Städten und Gemeinden, ist laut der Regierung von Oberbayern auch im Städtebau in den vergangenen Jahren gewachsen. Zwei oder mehrere Gemeinden können ihre Ressourcen bündeln, Kosten sparen und durch die gemeinschaftliche Nutzung von Gebäuden wertvolle Synergien bilden. In Unterwössen im Landkreis Traunstein schlossen sich beispielsweise die Gemeinden des Achentals für eine Nachfolgenutzung des alten Hallenbads zusammen. Nun befinden sich dort unter anderem ein Bürgersaal, die Touristeninformation und eine Kinderbetreuung. Diese Sanierung wurde mit rund vier Millionen Euro gefördert, insgesamt waren knapp 7,5 Millionen Euro investiert worden.

Zur Historie: Das Städtebauförderungsgesetz des Bundes vom August 1971 bildete die Grundlage für die Beseitigung der sogenannten „Städtebaulichen Missstände“. Städte und Gemeinden können so Sanierungsgebiete festlegen und haben die Möglichkeit, fachliche und finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite zu erhalten. Seit 1987 ist diese Norm als „Besonderes Städtebaurecht“ in das Baugesetzbuch (BauGB) integriert.

Unter dem Titel „50 Jahre Städtebauförderung: bewahren | erneuern | gestalten“ werden nun in einer Broschüre der Regierung von Oberbayern 50 herausragende Maßnahmen, eingeteilt in vier Kategorien, aus ganz Oberbayern vorgestellt. Dabei liegt der Fokus exemplarisch auf gebauten Projekten, die jedoch nicht das ganze Spektrum an durchgeführten Projekten abbilden können. Die Broschüre „50 Jahre Städtebauförderung“ ist auch über die Internetseite der Regierung von Oberbayern abrufbar und kann dort als PDF kostenlos heruntergeladen werden. – hr

HIER HABEN UNSERE LESER DAS WORT

Geldzufluss stoppen

Zum Artikel „Allen Widerständen zum Trotz“ vom 2. März:

„Die Kirchenaustritte alleine werden in den Chefetagen der katholischen Kirche nicht zwangsläufig zu Einsicht und Veränderungen führen. Schließlich werden die Gehälter von Kardinälen wie Woelki, der Bischöfe, Erzbischöfe und Vikare (seit über 200 Jahren) aus normalen Steuergeldern bezahlt und nicht aus der Kirchensteuer. Blockierer und Vertuscher können sich ihrer Existenz somit absolut sicher sein. Dieser Sumpf kann nur ausgetrocknet werden, wenn der Geldzufluss versiegt. Wenn es Würdenträger und deren Dulder gibt, die so wenig empfindlich sind gegenüber der Würde von Kindern und Jugendlichen, dann werden sie vielleicht empfindlich, wenn es an die eigene und hoch dotierte Existenzgrundlage geht. Es ist wahrlich an der Zeit für eine Gesetzesänderung und für eine finanzielle Trennung von Kirche und Staat.“

Heinz Oeben
Bad Reichenhall

Ehren aberkennen

Zum Artikel „Büromitarbeiter von Altkanzler Schröder werfen hin“ vom 2. März:

„Wenn Herr Altkanzler Schröder sich selbst nicht von seinem Freund und Kriegsverbrecher Putin distanziert, dann sollte ihm der Bundespräsident alle seine Ehrungen und Auszeichnungen aberkennen, ich würde sogar sagen, der Mann ist nicht würdig, länger die deutsche Staatsbürgerschaft zu tragen. Herr Bundespräsident, erkennen Sie sie ihm ab.“

Herbert Rißel
Burghausen

Spätes Umdenken

Zum Artikel „Längere AKW-Laufzeiten: Isar 2 bietet Prüfung an“ vom 2. März:

„Anscheinend dämmert es den absoluten Befürwortern der Energiewende langsam, dass unser Energiebedarf nur mit wetterabhängigen Energieformen auch nicht nur annähernd gedeckt werden kann. Schlimm nur, dass für diese Erkenntnis erst der grausame Ukrainekrieg kommen musste. Erstaunlich ist, dass wir trotz jahrelanger Diskussionen immer noch so abhängig von den so vielfach gescholtenen fossilen Energien wie Erdgas, Erdöl und Kohle sind, die wir, wie bekannt, zu rund fünfzig Prozent aus Russland beziehen (müssen). Jetzt denken sogar die Grünen , die als eines ihrer Kernthemen viele Jahre von der Verteufelung der Atomkraft gelebt haben, über eine Verlängerung dieser effektiven und klimaneutralen Energieform nach. Wenn wir schon vor Jahren konsequenter umgesteuert hätten, gäbe es jetzt ein Problem weniger in dieser unseligen Ukrainekrise, ein Fehler, der allerdings keineswegs nur den Grünen anzulasten ist, sondern schwerpunktmäßig auch Frau Merkel, die ohne wirklich zwingenden Grund den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und eingeleitet hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die so hochtrabenden und vollmundig angekündigten Maßnahmen der neuen Ampelregierung, gerade auch auf dem Energiesektor, schneller als erwartet von dem realen Weltgeschehen eingeholt und zumindest ein Stück weit schon jetzt zur Makulatur geworden sind.“

Reinhard Maßberg
Johanniskirchen

Amerika weit weg

Zum Krieg in der Ukraine:

„Amerika wieder mal weit weg. Was hat man damals beim Zerfall der Sowjetunion Gorbatschow versprochen? Keine Nato-Osterweiterung. Was ist passiert, man hat den osteuropäischen Staaten Versprechen gemacht mit Geld und Waffen, damit sie der Nato von sich aus beitreten. War also von Haus aus klar, dass sich Putin dann wehren wird. Man stellt jetzt Putin als Kriegstreiber hin, obwohl die Anstifter ganz woanders zu suchen sind. Ich bin wahrlich kein Putinfreund, aber die Nato, verlängerter Arm der Amerikaner, hat nicht aufgehört, die Oststaaten zu bedrängen. Wer hat seit langer Zeit immer wieder irgendwo auf der Welt, angeblich im Namen der Demokratie, Umstürze und Kriege angezettelt? Und wie immer: Amerika weit weg.“

Willi Weindinger
Ringelai

Unsterblich werden

Zum selben Thema:

„Bei der Betrachtung des Angriffskrieg von Putin wird viel zu sehr die Geschichte, die Vergangenheit in den Vordergrund gestellt. Damit wird dem Kriegsverbrecher Putin nur in die Karten gespielt. In Wirklichkeit geht es nicht um Russland, geht es nicht um die Ukraine, geht es nicht um Vergangenes, sondern nur um die Person Putin. Er benutzt sein teils erfundenes Geschichtsbild dazu, sich selbst zu verwirklichen, ein großer Name in der Geschichte Russlands zu werden. Wie viele Politiker will er unsterblich werden, da dies mit notwendigen Reformen der russischen Gesellschaft nicht möglich ist, hat er sich dafür entschieden, in verbrecherischer Art und Weise seine Rolle in der Geschichte mit Gewalt und Eroberungen festzuschreiben. Außerdem ist sichtbar, dass dem Mann auch gesundheitlich die Zeit davon läuft. Gleichzeitig erhofft er sich durch diesen Angriffskrieg, die eigene Bevölkerung von den maroden und korrupten Zuständen in Russland ablenken zu können. Wobei ihm wohl vollkommen gleichgültig ist, wie es seiner Bevölkerung geht, das verbindet ihn in der Empathielosigkeit mit seinem Freund Trump. Beendet werden kann dieser Wahnsinn nur von seinem unmittelbaren Umfeld, wie es früher in der UdSSR oder im Zarenreich üblich war. Was mich seit Jahren wundert, ist die Nibelungentreue der deutschen Linken zu Putin und Moskau, man hat 30 Jahre nicht wahrgenommen, dass Jelzin und Putin keine Sozialisten mehr waren, sondern eher Raubtierkapitalisten und sie im Grunde politisch den europäischen Rechtsparteien näher gestanden sind. Innerhalb von zwei Jahren hat sich unser Leben völlig verändert, erst durch das Virus ‚Corona‘, nun durch das Virus ‚Putin‘. Ungewissheit ist nun in uns, wie wird die Zukunft aussehen?“

Christian Meininger
Bad Reichenhall

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwahrenden Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Wir bitten um Verständnis, dass Leserbrief-Schreiber von uns keine Empfangsbestätigung und auch keine Begründungen im Falle eines Nicht-Abdrucks erhalten. Grundsätzlich gilt: Zuschriften von regelmäßigen Leserbrief-Schreibern können wir nur ca. alle vier Wochen berücksichtigen.

So können Sie sich an uns wenden:

Passauer Neue Presse,
„Leserforum“, 94030 Passau
Fax: 0851/802-10347
E-Mail: leserforum@pnp.de